

INHALT

1. Debatte über das neue Schulgesetz
2. Dauergrünlandgesetz unzureichend nachgebessert
3. CDU fordert zukunftsgerichtetes Konzept für die Landespolizei
4. Bildungsdebatte im Landtag
5. Europäischer Minderheitenschutz

26.09.2013

Debatte über das neue Schulgesetz

CDU: rot/grün/blau Reformen gehen zu Lasten der Qualität

Mit der Beratung des neuen Schulgesetzes wurde die gestern begonnene bildungspolitische Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag heute (26. September 2013) fortgesetzt. Ministerin Wende betonte - ebenso wie die Redner der Regierungsfractionen - erneut den voran gegangenen Dialogprozess und behauptete, das neue Schulgesetz werde von einer Mehrheit der Bürger getragen.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen konterte, mit dem vorliegenden Entwurf setze die Koalition eins zu eins ihren Koalitionsvertrag um. Anregungen aus den Dialogveranstaltungen seien nur dann übernommen worden, wenn sie mit den Parteizielen übereinstimmten.

Zukünftig sollten die Schulen in ihrer pädagogischen Vielfalt eingeschränkt werden. „Das starre Korsett des so genannten längeren gemeinsamen Lernens wird jetzt über sie gestülpt“, so Franzen. Das bedeute das Ende pädagogischer Konzepte an den Schulen, die sich auf die individuellen Talente und Bedürfnisse eingestellt hätten, ebenso wie das Ende pädagogischer Konzepte, die den leistungsstarken Schülerinnen und Schülern in entsprechenden Kursangeboten und abschlussbezogenen Klassen auch den entsprechenden Unterricht anbieten konnten. Praxisbezogener Unterricht für Schüler, die anschließend einen Ausbildungsplatz im Handwerk anstreben wollten, fände nicht mehr statt. „Dafür sollen Gymnasiasten, Realschüler, Hauptschüler und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf alle gemeinsam in einem Klassenverband unterrichtet werden. Schülerinnen und Schüler, die kein Abitur machen, finden in Ihrer Bildungspolitik überhaupt nicht mehr statt“, so Franzen.

Interne und externe Evaluation von Schule finde sich im Gesetzentwurf ebenso wenig wieder, wie die Flexibilisierung des Einschulalters. Die Anhörung im Bildungsausschuss habe jedoch sehr deutlich gemacht, dass eine Zurückstellung in Einzelfällen möglich sein sollte.

„Das alles passt zur Aufgabe der Bildungs- und Erziehungsziele. Sie verfolgen den kuschelpädagogischen Ansatz. Wenn wir alles in einen Topf werfen, dann wird die Suppe schon schmecken“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete warf SPD, Grünen und SSW darüber hinaus vor, Schulstandorte bewusst ungleich zu behandeln. Regionalschulstandorte, die weniger als 240 Schülerinnen und Schüler haben, sollen bereits im nächsten Schuljahr nicht mehr einschulen dürfen. Für Gemeinschaftsschulstandorte mit unter 240 Schülerinnen und Schülern gelte diese Regelung nicht. Nicht einmal die Chance, sich mit benachbarten Schulen zusammenzuschließen und entsprechende Konzepte zu erarbeiten, bleibe den Regionalschulen. „Dieser Zeitdruck erweckt den Eindruck, dass Sie insbesondere Schulstandorte im ländlichen Raum schließen wollen“, so Franzen.

Die Ministerin breche zudem die Zusage weiterer Maßnahmen zur Erleichterung von G8. Darüber hinaus werde die Wechselmöglichkeit zwischen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien abgeschafft. „Bisher war es immer eine Betrachtung vom Kind her, wenn es zu einem Wechsel kam und das muss es auch in Zukunft so bleiben. Durchlässigkeit zwischen den Schularten fördert die individuellen Bildungschancen“, so Franzen.

Das Hauptproblem bleibe jedoch, dass für die geplanten Bildungsreformen nicht die nötigen Ressourcen bereit gestellt würden. „Mit diesem Gesetz wird das strukturelle Defizit von 1250 Stellen auf 2650 Stellen ausgeweitet. Sie fahren also das System Schule sehenden Auges an die Wand“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete begegnete dem Vorwurf der Regierungsfractionen, auch die CDU habe die Streichung von Lehrerstellen vorgesehen. „Auch wir hatten einen Stellenabbauplan. Aber wir haben keine Bildungspolitik gemacht, die immer weitere Planstellenbedarfe auslöst. Sie tragen Ihre ideologischen Spielchen auf dem Rücken der Schulen, der Lehrkräfte und nicht zuletzt auf dem der Kinder aus“, so Franzen.



Bildungsexpertin Heike Franzen, MdL

Dauergrünlandgesetz unzureichend nachgebessert CDU-Fraktion macht weiter Druck

Nach dem erheblichen Druck gegen das umstrittene Dauergrünlandgesetz legte Minister Habeck praktisch in letzter Minute noch einen deutlich abgeschwächten Entwurf vor. Über die daraus resultierende Berichts- und Beschlussempfehlung wurde heute in erster Lesung debattiert.

Für die CDU-Fraktion machte Heiner Rickers deutlich, dass die Nachbesserungen bei weitem nicht ausreichen. „Wir begrüßen ausdrücklich zum Beispiel den Wegfall des unsäglichen Biotopschutzes. Dennoch bleiben gravierende Mängel wie die drohende Verbreiterung der

Gewässerrandstreifen oder die Ahndung von Verstößen nach Cross Compliance.“

Die CDU bleibe deshalb bei ihrer Ablehnung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Deutlich brandmarkte Rickers die Vorgehensweise der Landesregierung, die einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, ohne überhaupt über konkretes Zahlenmaterial zu verfügen.

„Immerhin zeigt der Gesetzentwurf auf, dass es in der Vergangenheit sehr wohl möglich war, konkrete Zahlen vorzulegen. Warum haben Sie keine Zahlen vorgelegt? Wieso es diesmal angeblich nicht möglich war, bleibt das Geheimnis der Landesregierung. Fakt ist, dass durch das unglückliche Vorgehen der Landesregierung bei den betroffenen Landwirten „die Pferde scheu gemacht wurden“. Das Dauergrünlanderhaltungsgesetz ist bei den Landwirten als Bauernverschreckungsgesetz angekommen“, so der agrarpolitische Sprecher.

Erleichtert zeigte sich Rickers, dass es im Rahmen der Ausschussbefassung immerhin möglich gewesen sei im Rahmen der Diskussion wenigstens einige handwerkliche Schnitzer auszumerzen.

Ursprungsgesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0890.pdf>

Geänderte Version mit Berichts- und Beschlussempfehlung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1134.pdf>



Heiner Rickers, MdL

CDU fordert zukunftsgerichtetes Konzept für die Landespolizei SPD, Grünen und SSW gefährden Attraktivität des Polizeidienstes

Mit einem Änderungsantrag forderte die CDU-Fraktion in der heutigen (26. September 2013) Plenardebatte um die Attraktivität der Landesregierung ein zukunftsgerichtetes Konzept für die Organisation der Landespolizei. Das bisherige Handeln der Landesregierung mache ein solches Konzept dringend erforderlich.

„Sie haben dazu beigetragen, dass die Attraktivität des Polizeidienstes in Schleswig-Holstein sinkt. Sie haben der Polizei mehr zugemutet, als jede andere Regierung vor Ihnen. Sie haben mehr Unsicherheit innerhalb der Polizei geschaffen, als diese ertragen kann. Und das nach gerade anderthalb Jahren im Amt“, kritisierte die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, das bisherige Vorgehen der Landesregierung.

Wenn man die Situation bei der Polizei verbessern wolle, müsse man sich endlich die Frage

stellen, wo die Probleme liegen. „Diese Frage können Sie leicht beantworten, denn die meisten Probleme haben Sie selbst erst geschaffen“, so Damerow.

Durch Stellenstreichungen, Arbeitsverdichtung, Kennzeichnungspflicht und mit ihrem Vorgehen bei der Besoldungsanpassung Sorge die Landesregierung nicht für eine Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufes. Klare Vorstellungen über die zukünftige Ausrichtung, die Organisation und über die Personalplanung habe die Landesregierung nicht im Ansatz.

Die Politik der Landesregierung führe dazu, dass die Attraktivität des Polizeidienstes sinke. „Wenn Sie wollen, dass der Polizeidienst wieder attraktiv wird: Hören Sie auf, nur Worthülsen zu produzieren. Hören sie auf unsere Polizei weiter zu piesacken. Werden Sie endlich konkret und legen sie ein Polizeientwicklungskonzept vor, das diesen Namen auch verdient“, so Damerow.

Der Antrag der CDU-Fraktion fordert ein wirksames Konzept gegen den ausufernden Anfall von Überstunden, ein Konzept zur Fortbildung sowie zur Nachwuchsgewinnung, und fordert die Landesregierung auf, die Ausstattung der Polizei regelmäßig zu überprüfen und auf dem aktuellen Stand der Technik zu halten. Auch dem drohenden Rückzug der Polizei aus der Fläche müsse dringend entgegen getreten werden. „Das Entstehen polizeifreier Zonen in Schleswig-Holstein muss verhindert werden“, so Damerow abschließend.

Link zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1188.pdf>



Astrid Damerow, MdB

Bildungsdebatte im Landtag

Ministerin Wende bleibt Antworten zu Lehrerbedarf schuldig und benachteiligt Schulen in freier Trägerschaft

Im Anschluss an die Debatte zur ersten Lesung des neuen Schulgesetzes setzte der Schleswig-Holsteinische Landtag heute (26. September 2013) die bildungspolitische Debatte mit den Tagesordnungspunkten zur Lehrersituation und Lehrerbedarfsprognose für Schleswig-Holstein, sowie zu den Planungen der Landesregierung zur Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung fort.

„Jetzt wissen wir, dass wir nichts wissen!“, mit diesen Worten fasste die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, den Bericht der Landesregierung zur

Lehrersituation in ihrem Debattenbeitrag zusammen. Erstmals weist der Bericht für das Schuljahr 2012/13 ein strukturelles Defizit zwischen ausgewiesenen Planstellen und einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung aus.

Für eine konsequente Personalplanung seien ehrliche Zahlen von Nöten. Allerdings böten die gelieferten Zahlen der Bildungsministerin keine ausreichende Planungsgrundlage. Eine zahlenmäßige Ermittlung des künftigen Fachlehrerbedarfes sei nicht möglich, da der Einsatzumfang einzelner Lehrkräfte dem Ministerium nicht bekannt ist. Nicht einmal Aussagen zu den Bedarfen auf Grund von Pensionierungen würden getroffen. Die Anzahl der Pensionierungen für das letzte Schuljahr sei der Ministerin ebenfalls nicht bekannt. „Damit ist auch eine entsprechende Beratung von Studentinnen und Studenten entsprechend der zukünftigen Einstellungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Unsere jungen Leute studieren also munter drauf los ohne zu wissen, ob ihre Fächerkombinationen und ihr Lehramt denn tatsächlich in den Schulen gebraucht werden. Mal ganz abgesehen davon, dass Sie ja auch die Referendariatsplätze drastisch zurückfahren“, so Franzen.

Bekannt sei lediglich, dass im letzten Schuljahr über 1900 Lehrerstellen nicht „im Unterricht ankamen“. Das sind 8,5 Prozent. Es sei nicht verwunderlich, dass die Landesregierung diesen Bericht auf die Sitzung nach der Bundestagswahl hinausgezögert habe.

Auch im folgenden Tagesordnungspunkt zur Ersatzschulfinanzierung ging Franzen mit der Bildungsministerin hart ins Gericht. Franzen zeigte den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen auf, dass Bildungsministerin Wende mit ihrer Schulgesetzänderung in keinem Punkt der vom Landtag beschlossenen Verbesserung der Förderung von Schulen in freier Trägerschaft aus dem vergangenen Jahr nachkomme.

„Frau Ministerin, Sie sind dem Landtagsbeschluss bisher in keinem Punkt gefolgt. Sie haben mit ihrem Schulgesetz keinen Gesetzentwurf für die Schulen in freier Trägerschaft vorgelegt. Eine Verbesserung der Förderung der Schulen in freier Trägerschaft ist nicht in Sicht. Das Gegenteil ist der Fall. Viele Schulen werden in der Förderung schlechter gestellt“, kritisierte Franzen das Vorgehen der Ministerin.

Vor allem Waldorfschulen sowie Gymnasien und berufliche Schulen in freier Trägerschaft seien betroffen. „Manche dieser Schulen fürchten gar um ihre Existenz. So wie zum Beispiel eine Inklusionsschule, die seit fast 30 Jahren Kinder und Jugendliche mit und ohne besonderen Förderbedarf erfolgreich gemeinsam unterrichtet“, so Franzen.

Noch in der letzten Legislaturperiode hatten die Grünen selbst einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft auf 85 Prozent anzuheben. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf machten sich die Koalitionsfraktionen nun völlig unglaubwürdig.

„Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder mit der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft beschäftigt. Alle Fraktionen haben dabei bisher immer betont, dass keine Schulen schlechter gestellt werden dürfen. Von diesem Konsens hat sich die Landesregierung jetzt verabschiedet. Schulen in freier Trägerschaft tragen maßgeblich zur Vielfalt unserer Schullandschaft in Schleswig-Holstein bei und die CDU-Fraktion will auf keine dieser Schulen verzichten“, so Franzen abschließend.

CDU-Fraktionschef Callsen sicherte den zeitgleich zur Debatte demonstrierenden 3000 betroffenen Bürgern vor dem Landeshaus die Unterstützung der CDU für die Schulen in freier Trägerschaft zu.

Europäischer Minderheitenschutz CDU unterstützt die Initiative der FUEV

Nach der jüngsten Ablehnung durch die EU-Kommission beschäftigte heute (26. September 2013) die europäische Minderheiteninitiative „MINORITY SAFEPAK INITIATIVE“ der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) den Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Der Landtag sicherte – mit nur einer Nein-Stimme der PIRATEN über die Fraktionsgrenzen hinweg – der FUEV seine Unterstützung zu. Gleichzeitig forderte er die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene die Verantwortlichkeiten für Minderheiten und ihren Schutz ausgebaut werden. Die EU-Kommission hatte die Initiative mit der Begründung abgelehnt, dass sie nicht verantwortlich sei und darum keinen gesetzlichen Handlungsbedarf sehe.

Für die CDU-Fraktion gab die minderheitenpolitische Sprecherin Astrid Damerow der FUEV die nötige Rückendeckung. „Leider gibt es Staaten in der EU, in denen Minderheiten noch immer weit entfernt von gleichberechtigter Teilhabe sind. Bessere und gleichberechtigte Lebensbedingungen und Chancen für diese Minderheiten müssen dringend geschaffen werden. Deshalb muss die Europäische Union jedes Mittel nutzen, um hier Einfluss zu nehmen“ betonte Damerow. Denn nur wenn die Minderheiten in diesen Staaten Chancen erhalten, würden sie in ihren Heimatländern auch bleiben wollen und können.

Sie wies jedoch auch daraufhin, dass durch eine stärkere Kompetenzübertragung der Minderheitenfragen an die EU und die EU-Kommission nationale Länderrechte und Initiativen beschnitten und die Subsidiarität eingeschränkt werden könnten.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1147.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de